

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Angelika Barbe,
Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5914 —**

Einrichtung eines Zukunfts- und Technologierates zur Begutachtung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

A. Problem

Durch die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an einem Zukunftsdialog im organisatorischen Rahmen eines Zukunfts- und Technologierates sollen sachlich und politisch fundierte Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages, gemeinsam mit den Ländern einen Zukunfts- und Technologierat einzurichten.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/5914 — abzulehnen.

Bonn, den 10. Mai 1994

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber**I.**

Der Antrag — Drucksache 12/5914 — wurde in der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Januar 1994 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt in seiner 116. Sitzung am 13. April 1994 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung vom 9. März 1994 den Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Vertreterin der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

III.

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern einen Zukunfts- und Technologierat zur Begutachtung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einzurichten. Dieses Gremium soll die strategischen Informationen über zukünftige Entwicklungstrends bündeln und — aufbauend auf den

verfügbar gemachten Informationen — Empfehlungen für Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften erarbeiten. Zu diesem Zweck soll der Rat in die von Bund, Ländern und Tarifvertragsparteien bereits jetzt durchgeführten operativen Maßnahmen eingebunden werden.

IV.

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 76. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 20. April 1994 beraten.

Die Fraktion der SPD erinnerte an die tiefgreifenden Veränderungen der Weltwirtschaft und die hieraus folgenden wirtschafts- und technologiepolitischen Herausforderungen, die es erforderlich machten, den Technologiedialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu intensivieren.

Die Koalitionsfraktionen lehnten die Schaffung eines allzuständigen Zukunfts- und Technologierates in Verbindung mit dem Aufbau eines neuen Berichtswesens, der Schaffung neuer Kompetenzen und Abstimmungsverfahren und nicht zuletzt weiterer Bürokratien als ungeeignetes Mittel ab, die Innovationsbasis und Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft zu verstärken. Dieser Ansatz laufe auf eine falsche Politik hinaus, die die notwendige Trennung der Verantwortungsbereiche und Handlungsfelder von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik verwische.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen, den Antrag — Drucksache 12/5914 — abzulehnen.

Bonn, den 10. Mai 1994

Dr. Heinz Riesenhuber

Berichterstatte

